

## Telegraphische Depeschen.

**Budapest, 11. Dec.** Nach hier vorliegenden Nachrichten ist der Wasserstand der Maros gefallen und betrug gestern Abend 4,10 Centimeter; die Gefahr einer Ueberschwemmung von Arab ist momentan abgewendet.

**Madrid, 10. Dec.** Das neue Ministerium hat sich heute dem Senat und der Kammer vorgestellt. Bezüglich der Ministerkrise erklärte der Ministerpräsident Canovas del Castillo, daß dieselbe durch die Abschaffung des Erbschaftsrechts betreffend die Einführung von wirthschaftlichen Reformen auf Cuba veranlaßt worden sei. Das gegenwärtige Cabinet werde ebenso wie das bisherige für die Abschaffung der Sklaverei eintreten und eine neue Form für die Ausgleichung der Interessen Spaniens und Cubas vorschlagen. Die Gesetzesentwürfe betreffend Cuba würden in kurzem vorgelegt werden. Die Erklärungen des Ministerpräsidenten wurden mit Beifall aufgenommen.

**Paris, 11. Dec. abends.** Deputirtenkammer: Der Minister des Innern Leprieur brachte eine Creditforderung von 5 Mill. Frs. zum Zweck der Unterstützung der Nothleidenden Frankreichs ein und erklärte dabei, daß die Regierung nicht zögern würde, eine neue Creditforderung vorzulegen, wenn sich die jetzt geforderte Summe als unzureichend herausstellen sollte. Die Kammer beschloß die sofortige Beratung. Larochefoucauld (von der Rechten) beantragte, die bewilligten Mittel unter die officiellen Wohltätigkeitscomités und unter die privaten Hilfscomités zu vertheilen. Der Minister Leprieur entgegnete, da es unmöglich sei, alle Wohltätigkeitsbureaux zu Rathe zu ziehen, müßten Commissionen eingesetzt werden, um den dringenden Bedürfnissen abzuhelfen, eine Centralcommission in Paris würde die Vertheilung der Mittel auf die einzelnen Departements nach Maßgabe des Bedürfnisses vornehmen. Der Bonapartist Cunéo d'Ornano verlangte wegen der Vertheilung der Mittel eine besondere Garantie und Controlle, indem er der Befürchtung Ausdruck gab, daß dieselben zu Mißbräuchen benutzt werden könnten. Andere bonapartistische Redner verlangten Hilfe insbesondere für die kleinen ländlichen Grundbesitzer. Der Minister forderte in Bezug auf die Vertheilung der Gelder, für welche er die Verantwortlichkeit übernehme, ein Vertrauensvotum. Es wurden hierauf alle Abänderungsanträge abgelehnt und die Vorlage mit 524 gegen 3 Stimmen genehmigt.

**London, 11. Dec.** Die Times spricht sich für die baldige Räumung Afghanistans sowie für die strikte Aufrechterhaltung des Vertrages von Gandamak aus und betont, daß die Räumung jetzt sicher und ehrenvoll geschehen könnte, daß sich derselben aber später Hindernisse entgegenstellen dürften. — Der englische Botschafter in Petersburg, Lord Dufferin, tritt heute die Reise nach Petersburg an.

**Bukarest, 11. Dec.** Hansemann und Bleicher erklärten der diesseitigen Regierung bezüglich der Abstimmung der Kammer über die mit ihnen abgeschlossene Conventio in der Eisenbahnfrage, daß sie durch jedes Amendement die Conventio als nicht acceptirt ansehen würden; es würde dann ihrerseits

auch kein Grund vorliegen, eine Generalversammlung der rumänischen Eisenbahngesellschaft zu veranlassen. (Wiederholt.)

**Wien, 11. Dec. abends.** Meldungen der Politischen Correspondenz. Aus Konstantinopel: „Der griechische Patriarch hat in einem Schreiben an die Pforte seine Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Pforte, anlässlich der von ihr beabsichtigten Reformen, die alten Rechte und Privilegien der orthodoxen Kirche nicht antasten, sondern bestätigen werde; zugleich hat der Patriarch gewisse, in den Provinzen nach Maßgabe der der griechischen Confession angehörigen Bevölkerung durchzuführen vorgeschlagene Maßregeln vorgelegt.“ — Aus Cetinje: „Der Fürst berichtete dem Kaiser von Rußland telegraphisch über die Feier des Georgs-festes, der Kaiser dankte hierauf dem Fürsten ebenfalls telegraphisch mit dem Bemerkten, diese Kundgebung der Waffenbrüderschaft befestige die Freundschaftsbände zwischen Rußland und Montenegro, die nichts erschüttern könne.“

**Konstantinopel, 10. Dec.** Ueber die Mission Baker-Pascha's verlautet von gutunterrichteter Seite: „Baker-Pascha hat seine Inspectionsreise nach den asiatischen Provinzen in Begleitung mehrerer Regierungsbeamten und Offiziere der Gendarmarie und Armee angetreten, deren Auswahl ihm von der hohen Pforte überlassen worden war. Beigegeben ist ihm außerdem noch der Divisionsgeneral Suleiman-Pascha, welcher insbesondere mit der Einführung der bezüglichen Reformen an Ort und Stelle betraut ist. Baker-Pascha schiffte sich mit seinem ganzen Personal nach Alexandrette ein und wird sich von dort zunächst nach Aleppo begeben, woselbst er seine Mission zu beginnen gedenkt. Derselbe wird in diesem Bilajet zuerst die Districte von Marasch und Zeitoun inspiciert und von dort seinen Weg nach Diarbekr und Armenien weiter verfolgen. Die ihm erteilten Vollmachten sind in der Art mit denjenigen Suleiman Pascha's combinirt, daß der Zweck des Unternehmens in wirksamer Weise erreicht wird. Die Localbehörden haben bereits die erforderlichen Instruktionen erhalten, um die kaiserlichen Commissare in ihrer Aufgabe unterstützen zu können. Ueberdies ist in den meisten Bilajets, welche Baker-Pascha zu bereisen hat, die Ausführung der nach der Veröffentlichung der neuen Reformgesetze zu bewirkenden Reorganisation schon mehr als zur Hälfte beendet und kann es sich daher nur noch um einige, den localen Bedürfnissen sich anschließende allgemeine Maßregeln handeln, geeignet, das neue System zu vervollständigen und dessen Functionirung zu sichern. Hauptzweck ist eine angemessene und zweckmäßige Organisation der Gendarmarie eine der Angelegenheiten, mit welcher sich Baker-Pascha in specieller Weise zu beschäftigen haben wird und zwar nach denjenigen Plänen, welche im Secretariat von einer Specialcommission, der Baker-Pascha selbst angehörte, ausgearbeitet wurden.“

**Kairo, 10. Dec.** Nach hier eingegangener Nachricht ist Oberst Gordon heute Abend in Massaua eingetroffen.

**Kairo, 11. Dec.** Der König von Aethiopien hat durch Vermittelung Gordon-Pascha's dem Khebidve ein Schreiben zugehen lassen, worin er sich bereit erklärt, Frieden zu schließen, vorausgesetzt, daß die zwischen Aegypten und Aethiopien getroffenen Vereinbarungen von den Großmächten formell anerkannt würden. — Das von Gordon-Pascha verlangte Bataillon ägyptischer Truppen geht am 13. Dec. nach Massaua ab.

**Washington, 10. Dec.** Alexander Ramsay ist zum Kriegsminister ernannt worden. — Im Repräsentantenhause ist der Antrag auf eine Resolution eingebracht worden, in welcher die Revision der Verfassung im Sinne der Verbote der Polygamie verlangt wird. — Der Congress wird sich vom 19. Dec. bis zum 6. Jan. vertagen.

**Newyork, 11. Dec.** Journalmeldungen aus Havana besagen, die in San-Domingo ausgebrochene Revolution sei siegreich gewesen, der bisherige Präsident Guillerme und seine Minister seien in Portorico angekommen.

## Die politische und die wirthschaftliche Einigung Deutschlands und Oesterreichs.

— Leipzig, 12. Dec. Nicht immer sind wir in der Lage, mit dem größten und einflussreichsten Blatte unsers südl. Nachbarreiches, mit der Neuen Freien Presse übereinstimmen; diesmal aber sind wir vollständig ihrer Meinung und freuen uns der Energie, womit sie dieselbe ausspricht, der Meinung nämlich, daß es thöricht sei, „an eine dauernde politische Allianz zwischen Deutschland und Oesterreich zu glauben, die von einem wirthschaftlichen Kriege begleitet wäre.“ Sehr richtig sagt die Neue Freie Presse: „Das Bündniß mit Deutschland kann nur auf der Voraussetzung beruhen, daß die Interessen beider Reiche sich nicht widersprechen — oder es wäre überhaupt auf falscher Grundlage aufgebaut.“

Ohne die Haltung der deutschen Regierung bei den Verhandlungen beschönigen zu wollen (wir hier in Deutschland wissen von dieser Haltung so wenig Näheres, daß wir sie weder vertheidigen, noch anklagen können), beklagt doch die Neue Freie Presse aufs tiefste die Art, wie österreichischerseits der Feldzug in Berlin geführt worden sei. Wir erfahren hier, daß das Appreturverfahren der hauptsächlichste Stein des Anstoßes gewesen, daß die österreichische Regierung, gedrängt von einigen Industriellen, um jeden Preis die Abschaffung dieses Verfahrens erstrebte, daß sie selbst die freie Feineneinfuhr nach Schlessen und Sachsen habe aufgeben wollen. Die Neue Freie Presse meint nun zunächst — und auch darin hat sie gewiß

## Die Francs-Tireurs.

Ueber die Entstehung und ursprüngliche Organisation der Francs-Tireurs bringt ein zur Erinnerung der lothringisch-französischen Säkularfeier von 1866 geschriebener Artikel der Straßburger Gemeindezeitung für Elsaß-Lothringen folgende interessante Mittheilungen:

In verschiedenen französischen Grenzdepartements hatten im Jahre 1813 „Schützengesellschaften“ um die Ermächtigung nachgesucht, sich als Compagnien unter dem Namen Societé de Francs-Tireurs zu organisiren und der Armee anzuschließen. Da die Gesetzgebung damals keine andere Corps von bewaffneten Bürgern zuließ als die Garde nationale sédentaire, konnte dem Wunsche nicht so ganz entsprochen werden und die Anerkennung dieser Schützen als Bestandtheile der Armee nicht erfolgen. Als nun 56 Jahre später auf Grund des Gesetzes vom 1. Febr. 1868 die Garde nationale mobile im ganzen Lande gebildet wurde, welche innerhalb fünf Jahren auf einen Stand von 550000 Mann gebracht sein und hauptsächlich zur Vertheidigung fester Plätze und der Grenzen dienen sollte, da ist durch den Marschall Niel dem Kaiser der Vorschlag gemacht worden, nunmehr auch den Francs-Tireurs die ihren Verdiensten und ihrer Vaterlandsliebe gebührende Stellung anzuweisen und ihnen zu gestatten, als Freiwillige auf ein Jahr in die Mobilgarde einzutreten. Der Kaiser genehmigte diesen Antrag und bestimmte in der Instruction vom 28. März 1868, daß den Francs-Tireurs unter dem Namen „Compagnies de francs-tireurs volontaires“ ihre bisherige Organisation in der Weise gestattet werden solle, daß die einzelnen auf ein Jahr als Freiwillige in die Garde nationale mobile eintreten. Die Offiziere ernannte der Kaiser, die Unteroffiziere, Corporale und Spielleute der Brigadegenerale, unter dessen Disciplin die Compagnien in Kriegs- und Friedenszeiten standen. Von den Uebungen der Mobilgarde waren die Francs-Tireurs befreit, bei gemeinschaftlichen Aufstellungen mit dieser sollten sie den rechten Fällgel

bilden, im Kriege vorzugsweise zur Vertheidigung ihrer Heimat verwendet werden.

Der Minister des Innern Pinard hat dann in einem Circular vom 16. Juni 1868 die ganze Angelegenheit dem Kaiser der Präfecten besonders empfohlen. Nachdem mehrere Schützengesellschaften der nördlichen Departements den Eintritt in die Mobilgarde nachgesucht hatten, richtete der Kriegsminister auch an die Präfecten der Departements Meurthe, Moselle, Vosges, Haut- und Bas-Rhin, Côte-d'Or, Jura, Haute-Marne und Haute-Saône das Ersuchen, den Militärbehörden bei Umnäherung der Schützengesellschaften in Francs-Tireurs-Compagnien möglichst behilflich zu sein. Im Uebereinstimmenden damals neun Schützengesellschaften, von welchem jedoch nur eine, die von Zabern, die vom Minister empfohlene militärische Organisation annahm: 88 Mitglieder waren als Freiwillige in die Mobilgarde getreten. Die Gesellschaft beschloß sich, wie der Präfect im August 1869 in seinem Bericht an den Generalrath erklärt, hauptsächlich mit der Uebung in der Waffe und vereinigte sich zu gegenseitigen Bergnügungen; so hatte kurz zuvor die Straßburger Schützengesellschaft ein internationales Schützenfest veranstaltet, an welchem die über-rheinischen Nachbarstädte sich zahlreich betheiligt hatten. Die „Société de tir de la Meurthe“ hielt jährlich in Nancy Preis-schießen ab, zu welchem alle französischen Schützengesellschaften eingeladen wurden.

Im Departement de la Meurthe hatte die Präfectur zuerst, d. h. vor 1868, von solchen bewaffneten Gesellschaften nichts wissen wollen, und noch im Jahre 1869 genehmigte der dortige Generalrath keine Unterstützung für diese Gesellschaften; es wurden dieselben Befürchtungen damals geäußert, welche dann später nach dem Kriege im Jahre 1874 der französische Minister des Innern in einem Circular vom 11. Sept. ausgesprochen hat. Das Gesetz vom 1. Aug. 1874 hatte nämlich die Einführung fremder Cartouchen in Frankreich für die Schützengesellschaften gestattet, und zwar auf Grund von Ermächtigungen des Kriegsministers, während seit dem Jahre V die Einfuhr anderer als der in der Armee gebräuchlichen Cartouchen untersagt

war. Die Gesuche der seit dem Kriege von 1870-71 zahlreich gebildeten Schützengesellschaften häuften sich derart, daß der Minister die Befürchtung aussprach, daß diese Bereinigung von Waffen- und Munitionsdepots über das ganze Land unter Umständen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit in sich schließen könne; er verordnete daher, daß vor allem die gesetzliche Existenz dieser Gesellschaften zu prüfen sei. In dem Vogesendepartement hatten sich die Männer allezeit fleißig im Schießen geübt; dort waren kurz vor 1866 die ersten organisirten Sociétés de Francs-Tireurs durch einen gewissen Ancien Adam gebildet worden, nicht ohne einiges Widerwillen der Behörden; dem Corps traten zahlreich die Notabeln des Landes bei, und waren sehr gute Schützen darunter zu sehen. Das Vorbild der englischen Riflemen war nicht ohne Einfluß auf die Ausbildung der Corps geblieben. In Lothringen überhaupt, wo das edle Weidwerk so viel ausgeübt wird, hatte das Schützenwesen stets hoch in Ansehen gestanden.

Bei der Säkularfeier im Juli 1866 — es galt damals, die hundertjährige Vereingung Lothringens mit Frankreich zu feiern — waren denn auch die „Freischützen“ die Lieblinge des Festpublikums; hätte, so hieß es in den Festberichten, 1814 und 1815 General Orie bei der von ihm in der Gegend organisirten Landesvertheidigung solche Schützencorps gehabt, nie hätten die Allirten den französischen Boden betreten. Als ein pariser Blatt sich unterfang, mit hauptstädtischem seinem Spott über die Belliqueux-villages sich lustig zu machen, da wurden die Schützen grob, und die Provinzblätter schickten den seinen Pariser dorb heim. Im Jahre 1870, beim Ausbruch des Krieges mit Deutschland, forderte der Minister des Innern, Chevandier de Balbrome, 28. Juli 1870 die Präfecten auf, überall, wo dies nöthig schien, Schützencorps zu bilden, welche, um ein bisher besonders beobachtetes Hinderniß wegzuräumen, nicht auf ein ganzes Jahr, sondern nur auf Kriegsdauer in die Mobilgarde eintreten und nur zur Vertheidigung ihrer Heimat verwendet werden sollten. Ein telegraphischer Auftrag des Ministers Chevrou vom 11. Aug. 1870 berief sie aber bereits an die Hauptorte des Arcon-



recht —, daß der freie Verkehr behufs Veredlung der reifen böhmischen Waare diesseits in Deutschland ebenso gut für Oesterreich vorthelhaft sei als für Deutschland. Wenn aber doch für dessen Beibehaltung eine Gegenleistung von Deutschland hätte gefordert werden können, warum habe man da nicht eine Herabsetzung oder Aufhebung des Zolles auf landwirthschaftliche Producte verlangt?

Die Neue Freie Presse würde es „ganz natürlich finden, wenn der Minister des Aeußern, dessen Beruf es ist, den Reichsgedanken zu vertreten, das Bündniß mit Deutschland nicht aufgeben will, um den Interessen von sechs Druckern zu dienen“, wenn er daher „auf den Abschluß eines Vertrages mit Deutschland dränge“. „Das Bündniß mit Deutschland steht unter höchster Schutze und wird von mächtigen Händen getragen“, ruft die Neue Freie Presse der Interessenpolitik zu, die, wie sie meint, das Handelsministerium nur allzu sehr beeinflusse.

Wir hegen die gleiche Zuversicht für Deutschland. Der Reichskanzler, der die politische Annäherung Deutschlands an Oesterreich will und aus gutem Grunde will, wird dafür sorgen, daß auch die wirtschaftliche wenigstens so weit erfolge als nöthig, um jene erstere nicht zu föhren. Und übrigens stimmen wir auch darin der Neuen Freien Presse bei, daß, recht verstanden, die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Oesterreichs sich nicht widersprechen, vielmehr einander gegenseitig ergänzen.

Anders als die Neue Freie Presse spricht sich die „Presse“ in ihrer uns soeben zugehenden Nummer über die Frage aus. Fußend auf einer (wir wissen nicht inwiefern begründeten) Mittheilung der Pesther Nachrichten, wonach deutscherseits vorgeschlagen worden wäre, „den Reistbegünstigungsvortrag ohne Kohlenverkehr und ohne die Exemption der Fahrbetriebsmittel von der Beschlagnahme, aber mit Aufrechterhaltung des Appreturverkehrs zu verlängern“, sagt die „Presse“:

Dem gegenüber gibt es kein anderes Vorgehen als die Ausschreibung des Appreturverkehrs aus dem Vertrage, welcher den freien Kohlenverkehr nicht enthält. Wir glauben nicht, daß ein österreichisches Parlament einen Vertrag genehmigen würde, in welchem wir alles geben, während uns lediglich genommen wird.

### Vom preussischen Landtage.

\* Berlin, 11. Dec. Das Abgeordnetenhaus tritt sofort in die Tagesordnung ein: Verathung der von der 12. Commission zu dem Gesetzentwurfe betreffend den Erwerb mehrerer Privatbahnen für den Staat vorgeschlagenen Resolution.

Diese von der Commission vereinbarte Resolution enthält bekanntlich die wirtschaftlichen und finanziellen Garantien, von welchen die Commission die endgültige Genehmigung des Ankaufs der Privatbahnen abhängig gemacht wissen will. Auf Antrag des Referenten Abg. Dr. Hammacher-Essen erhalten die einleitenden Worte folgende Fassung:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung anzusprechen, ihrer Zusage gemäß dem Landtage noch in der gegenwärtigen Session, jedenfalls aber, wenn er in der nächsten Session wieder zusammentritt, Gesetzentwürfe vorzulegen, welche folgende Grundsätze enthalten:

(Folgt der Wortlaut der einzelnen bereits mitgetheilten Garantieforderungen.)

differents oder Departements, um gegen den Feind zu ziehen. Ein Decret vom 4. Nov. 1870 bestimmte dann, daß jede Schützencompagnie einem Armeecorps im Felde oder einem bestimmten Militärbezirk zugetheilt werden solle und ohne ausdrückliche Ermächtigung des Kriegsministers nicht selbständig auftreten und den angewiesenen Bezirk ohne Erlaubniß der militärischen Vorgesetzten verlassen dürfe; einzelne Schützen sollten ohne Erlaubniß sich von der Compagnie nicht trennen. Im Falle des Ungehorsams sollten die Compagnien entwafruet und aufgelöst werden.

### Musikalisches aus Leipzig.

\*\* Leipzig, 11. Dec. Wenn die beiden letzten Gewandhausconcerte in Bezug auf Solovorträge gerade genugsam, wenn nicht überreichlich bedacht waren, so wurde durch das gestrige neunte Concert gewissermaßen das Gleichgewicht wiederhergestellt, indem dasselbe ganz ohne solche vorüberging. Dessenungeachtet verlief das in Rede stehende Concert keineswegs ohne gesungliche Ausstattung; ja, der gesungliche Theil trat sogar sehr in den Vordergrund und wurde wesentlich bestimmend für den Charakter des ganzen Concerts, indem dasselbe dadurch einen religiös-festlichen Anstrich erhielt.

Der, wie wir hören, durch viele erst jüngst hinzugetretene Elemente so gut wie neu formirte Gewandhauschor trug nämlich im Verein mit dem Orchester aus Händel's „Israel in Aegypten“ in ununterbrochener Reihenfolge die Ehre vor: „Er sandte Hagel herab“, „Er sandte die Finsterniß“, „Er schlug alle Erstgeburt“, „Doch mit dem Volk Israel zog er dahin“ und „Moses und die Kinder von Israel sangen also zu dem Herrn“.

Es wird zunächst die Generaldiscussion über die Resolution eröffnet.

### Abg. Reichensperger-Ölpe:

Die Resolutionen, welche Ihnen die Commission vorgeschlagen, als finanzielle und wirtschaftliche Grundlagen zu bezeichnen, ist mir unverständlich. Ich finde gar keine Garantien in diesen Vorschlägen; groß scheinen mir die Resolutionen nur nach negativer Seite. Hier bei den sogenannten Garantien könnte das Haus, wenn es ernstlich wollte, doch etwas wenigstens erreichen; hier war es Zeit, hier am Platze, die Rechte des Hauses zu wahren; diese Zeit muß man benutzen. Jeder Abgeordnete muß sich sagen, daß es unzulässig ist, für alle Zeiten eine Amortisation vorzunehmen und auf einmal diese großen Kapitalmassen ins Volk zu werfen. Es wird gesagt, daß die Commission die größte Eile hatte, fertig zu werden. Aber was hat denn mehr Eile, was ist nöthiger, wenn nicht vor allem ein Gegengewicht zu finden gegenüber der außerordentlichen Machtvermehrung, welche wir im Begriff sind der Regierung zuzugestehen? Die genaueste Fixirung sogenannter Garantien ist unabwieslich, wenn nicht die ministerielle Macht erdrückend sein soll. Die von oben beeinflusste conservative Presse stellt fortwährend Zumuthungen in Bezug auf Leistungen und Bewilligungen an den Landtag, die Regierung aber kommt uns in keiner Weise entgegen. Es scheint mir denn doch zu viel verlangt, daß wir immer der Regierung freie Hand lassen sollen. Die Festsetzung der Tarife hätte mindestens dem Landtage zustehen müssen. Daß das nicht angänglich sein soll, ist mir um so unbegreiflicher, als von seiten der Regierung fortwährend betont wird, daß an eine Erhöhung der Tarife nicht gedacht werde. Kurz, die vorgeschlagenen Garantien sind in meinen Augen so wenig Garantien, daß sie kaum diesen Namen verdienen. Ich kann darum nicht für diese Resolutionen stimmen.

### Abg. Frhr. v. Redlig und Reulirch-Mühlhausen:

Man darf die Fragen, die bei diesen wirtschaftlichen und finanziellen Garantien in Betracht kommen, nicht für sich allein und aus dem gesammten Staatsrechte herausgelöst, sondern muß sie im Zusammenhang mit diesem betrachten, und da bin ich allerdings anderer Ansicht als der Herr Vorredner. Ich habe mit Freude begrüßt, daß er unsern staatsrechtlichen Zustand demjenigen anderer Länder vorzieht, wo das Votum der Landesvertretung für das Ministerium entscheidend ist; aber so machtlos, wie er es darstellt, sind Landes- und Reichsvertretung bei uns doch nicht, denn gerade die Geschichte des letzten Jahres — und das sollte der Herr Vorredner und seine Partei am allerbesten wissen — hat mit Evidenz gezeigt, daß auch die kräftigste Regierung auf die Dauer der Mitwirkung einer starken Mehrheit in der Volksvertretung nicht entzogen kann. Es ist aber auch falsch, daß, wie der Abg. Reichensperger sagt, eine einseitige Erweiterung der Rechte der Staatsregierung vorliege. Denn wenn die Befugnisse des Staates sich erweitern, so erweitern sich auch in demselben Maße die Befugnisse der Landesvertretung. Wenn man in unserm bestehenden Staatsrechte, in der Verantwortlichkeit der Minister, in dem Contralrecht der Landesvertretung wirksame allgemeine Garantien hat, so wird man anerkennen müssen, daß die besondern Garantien, welche in den Resolutionen niedergelegt sind, jene allgemeinen ebenso wirksam unterstützen. Der Herr Vorredner hat die finanzielle Frage nur kurz berührt, ich will mich daher auch nur gegen einen Punkt seiner Ausführungen wenden. Er hat verlangt, daß der Landtag seine Genehmigung erteilt entweder zu allen Veränderungen oder wenigstens zu der Erhöhung der Tarife. Wer jemals sich mit solchen Dingen eingehend beschäftigt hat, wird sagen müssen, daß hier der Abg. Richter recht hat, daß in der That die Tarife eine Materie sind, deren Regelung im einzelnen die Kraft der Landesvertretung übersteigt. Aber ich möchte doch auch im Interesse der Landesvertretung selbst nicht, daß wir öfter mit solchen Fragen und Befassen. Eine Versammlung wesentlich politischer Natur über Interessenfragen entscheiden zu lassen, ist eine schwere Verirrung.

Sind aber schon die angeführten Gründe des Vorredners nicht stichhaltig, so hat er noch besonders Eins übersehen, nämlich, daß die preussischen Staatsbahnen kein Wirtschaftssystem sind, daß noch Privatbahnen daneben bestehen, und daß wir endlich gegenwärtig erst so weit ge-

kommen sind, für sämtliche Bahnen einheitliche Tarife anzubahnen. Das erste Zeugniß dieser Einigung ist der gegenwärtig bestehende Normaltarif. Es wäre doch offenbar gar nicht zu rechtfertigen, wenn wir diese einheitliche Tarifbildung etwa dadurch durchlöchernten, daß die sächsischen Regierung z. B. könnte genau dasselbe verlangen stellen, was würden wir dann dazu sagen? Endlich aber hat der Vorredner auf das Reich hingewiesen. Ich glaube, es würde in der That dem Staate und der Landesvertretung nicht anstehen, in dem Augenblicke, wo das Reich es unternimmt, an die gesetzliche Regelung des Tarifwesens heranzutreten, seinerseits solcher Regelung vorzubeugen, die verfassungsmäßig feststehende Einwirkung des Reiches, dessen Control- und Aufsichtrecht dadurch zu eludiren, daß wir hier die Tarife festlegen. Die Consequenz des Verhältnigungsgebantens ist es doch unzweifelhaft, daß die Dauer des Schwergewicht der Eisenbahnen ins Reich fallen muß, denn dem Reiche liegt ja die Fürsorge für die wirtschaftlichen Verhältnisse ob. (Widerspruch.) Sie werden sich der Consequenz ihres eigenen Gebantens nicht entziehen können, der Schritt, den Sie hier thun, ist der erste und entscheidende Schritt zur Verwirklichung des Reichs-Eisenbahnsystems. (Erneuter Widerspruch bei der allconserativen Partei.) Wenn die Frage concret an Sie herantritt, so werden Sie unzweifelhaft zustimmen müssen, daß das Reich, sei es die Eisenbahnen wirklich erwirbt, oder seine Macht über dieselben so gestarkt, daß die Herrschaft der Staaten über sie zu einem bloßen Schein sich verflüchtigt, und diejenigen, welche heute diese Consequenz noch nicht erfaßt haben, werden sich damit trösten müssen, daß es andern auch so gegangen ist. Wenn aber so entscheidende Bedenken gegen die Mitwirkung der Landesvertretung bei der Festsetzung der Tarife aufstehen, so müßte doch, wenn man dieses Verlangen dennoch aufrecht erhält, ein ziemlich zwingender Grund vorliegen. Von solchen zwingenden Gründen habe ich aber bei dem Vorredner nichts gehört, außer daß er auf die Möglichkeit einer Erhöhung der Tarife hindeutete, wie es 1874 geschah. Nun, ich denke, den Bod, den wir vor fünf Jahren geschlossen haben, werden wir sobald nicht wieder schießen, und wir wissen ja, daß die Staatsregierung nicht beabsichtigt, eine allgemeine Erhöhung der Tarife eintreten zu lassen. Eine wirklich ernsthafte Gefahr liegt hier also nicht vor, aus diesem Grunde kann die Mitwirkung der Landesvertretung nicht verlangt werden. Ueber den Eisenbahnrath gehe ich kurz hinweg und bemerke nur, daß ich die Einrichtung einer besondern Vorbildung auch für die Eisenbahnbeamten nach dem Muster der Vorbildungsanstalten für die andern höhern Staatsbeamten für nothwendig halte. Ich gebe ferner ernstlich zu erwägen, ob nicht eine nützliche Einrichtung nach Analogie der preussischen Pösterverwaltung, nämlich die Einrichtung eines eigenen technischen Centralcomité, welches lediglich mit der Prüfung aller neuen Erfindungen im In- und Auslande auf jenem Gebiete beauftragt ist, auch auf die Eisenbahnen zu übertragen wäre, sie möchte sich auf diesem Gebiete als sehr nützlich erweisen.

Was endlich die Besorgnisse hinsichtlich des Privatverkehrs angeht, so steile ich zur ernstlichen Erwägung, ob nicht eine in America und etwa auch in England bestehende Einrichtung auf uns übernommen wird, daß nämlich Personen bestellt werden, ähnlich wie die Agenten der Versicherungsgesellschaften, welche den Verkehr bei sich aufsuchen; auch hier möchte durch diese Einrichtung Nützliches geschaffen werden. Die Wirtschaftsreform im Reiche mußte erkauft werden durch Concessionen, die nicht allen Urhebern der Reform leicht geworden sind. Ich glaube, ein Antrag Frankenstein in zweiter Auflage würde hier den meisten Nutzen dadurch schmachten gemacht, wenn er anstatt in föderalistischer, in kirchenpolitischer Sauce uns aufgetragen würde. Es gibt Leute, die sich rühmen, sehr zeitig aufzusehen, aber andere sind auch keine Langschläfer, und während jene sich noch bemühen, den „Strom der Zeit zu benutzen“, handeln die andern, und eines schönen Tages fand sich, daß das Bäumlein an der Wage ihren Händen entruft war! fanden sie, daß die Stimmen werthlos geworden waren! (Unruhe und Widerspruch im Centrum.) Ich halte das für einen wesentlichen Vortheil; ich sehe es als ein günstiges Omen für die zukünftige Entwicklung unserer Verhältnisse an, daß bei der ersten großen politischen Gelegenheit die-

Nach diesen Chören folgte noch (zur Eröffnung des zweiten Theiles) ein neues, ebenfalls religiöses Chorstück: „Verheißung“ von S. Jadasohn. So schwer, ja so unendlich es dem Componisten der Gegenwart auch ist, gerade auf dem Gebiete der religiösen Ton- schöpfung gegen einen Meister wie Händel aufzukommen, so paßte doch das Jadasohn'sche Chorstück sehr gut zur Harmonie des Ganzen und vermochte infolge der geschickten Behandlung der Singstimmen sowie der schönen Harmonisirung, besonders aber infolge seines darin zum Ausdruck kommenden einheitlichen, warmen Gefühlstones sich neben den Chören Händel's mit Ehre zu behaupten. Die Ausführung seitens des Chors war durchaus zufriedenstellend.

Außer den erwähnten Chorwerken kamen noch zwei Symphonien zur Ausführung. Als erste Nummer des Concerts Mozart's Symphonie in C-dur mit der Schlussfuge, und am Schlusse des zweiten Theiles die von Robert Schumann, Nr. 4 in D-moll, welche vom Orchester wahrhaft brillant gespielt wurden.

Aus Wien vom 8. Dec. berichtet die Deutsche Zeitung: „Sonabend Abend versammelten sich einige Mitglieder des Joceclubs und die hervorragendsten jüngeren Repräsentanten unsers High life in einer bekannten Reitschule, um einem vom Markgrafen Pallavicini, welcher unter den „Kraftmeiern“ selbst eine imponirende Stellung einnimmt, veranstalteten Ringkampfe beizuwohnen. Es handelte sich darum, ob der vom Circus Carré den Wienern bekannte Athlet Christol den Beinamen der „Unüberwindliche“ verdienen oder nicht. Der Erste, mit dem er sich messen mußte, war ein circa zwanzigjähriger Hausberrnsohn aus den Gessiden des sogenannten Kapfenbels. Aber was für ein Hausherrnsohn. Nach einem Ringen von 20 Mi-

nuten ließ Christol, obwohl selbst unbesiegt, vom fernern Kampfe mit den Worten „Cost du ferro ab. Um ihm Erholung zu gönnen, trat nun Christol's Frau, eine bildhäßliche, dabei elegant gebaute Athletin, im Kostüm in die Ränge und spielte mit 50- und 200-Kilogrammgewichten, wie andere Damen mit dem Hantelball; schließlich nahm sie eine Eisenkugel mit Kugeln an den Enden im Gewicht von 100 Kilogramm auf die Schulter, ließ ihren Gemüth und den erwählten, sehr gewichtigen Hausherrnsohn sich daran hängen und spazierte mit dieser angenehmen Barte einige Schritte herum. Den Schlag bildete ein Witz zwischen Christol und dem als Athleten bekannten Fr. Jagenborfer, welcher am vergangenen Sonnabend von einem „geworfen“ wurde. Ueber 12 Minuten dauerte das Ringen der beiden Titanen; endlich erlangte die kolossale Kraft Jagenborfer's über die allglatte Geistesigkeit des Franzosen den Sieg und lesterer bedachte mit beiden Schültern den Boden, nach Gefallen des Siegers unter freierem Inbels festgehalten.“

— Aus Paris vom 10. Dec. wird der Kölnischen Zeitung berichtet: „In verwichener Nacht hatte Paris und Umgebung 16—18° C. Kälte. Das Seine-Eis steht seit diesem Morgen; die Verjuche mit dem Remorqueur, zu verhindern, daß das Eis sich stelle, blieben fruchtlos. Diesen Nachmittags 4 Uhr fing es bei 7° Kälte wieder zu schneien an. In der Provinz herrscht überall starke Kälte: in den Gegenden hat man 25, in Charleville 24, in Lyon 15, in Marseille 8° Kälte. Die Preise der Lebensmittel steigen fortwährend, mit ihnen Jammer und Noth.“ Man rechnet in Frankreich nach Celsius, der sich zu Reaumur verhält wie 100 zu 80 oder wie 5 zu 4.

— Weitere Commentare zum neuen Justizverfahren (zu den in Nr. 281 schon angeführten) sind: „Das neue deutsche Gerichtsverfahren, nach den Justizgesetzen dargestellt von D. Hofmann“ (Hamburg, Gräbner), und „Anleitung für den Proceßbetrie durch die Parteien im Proceßverfahren nach der deutschen Civilproceßordnung von M. Dollner, Kreisgerichtsdirector“ (2. Aufl., Berlin, G. Hempel).

igen Partei  
tracht haben  
Reichskanzler  
zu wollen, sie  
glaube, hier  
die conservativ  
Regierung b  
(links) zu de  
Wohle des B  
und im Cent  
Abg. R  
Der Abg.  
gohimmung  
flum, diese  
der Herr Pa  
mullung ga  
alle diese G  
schlechterung  
sprechen solle  
das zwischen  
ist, scheinen  
Als finanziel  
dann der Er  
ist es aber b  
daran geht,  
welche jetzt u  
und zu verm  
verfüglchen,  
der Eisenbah  
Abg. Riquel  
Eisenbahnsch  
Ich habe mit  
die Autorität  
Reichstage o  
Riquel und  
andern Preu  
Schicksal zu  
Herrn niem  
hannoversche  
war in Wir  
gens für die  
batte, lag da  
für so zweife  
Staatsverm  
verische An  
bracht. Was  
haben paßte  
dung finden.  
daß gegenüb  
die Macht d  
ih in den Re  
genen Refere  
schiffe vorlie  
für überwie  
liche Interes  
meiner Sta  
schiffe des e  
Der Med  
änem Witz  
ist gänzlich  
bahüberdich  
verwandt we  
Wobis kann  
mir die Treu  
Etat gern g  
der Budgete  
einfache Bu  
aneres abe  
meinen Sta  
Staate hatte  
artigen Rech  
trole gewisse  
jede Ueber  
der hier gef  
Ueberchiffe  
verwendet, u  
die Finanzli  
Staates ins  
liegt aber an  
Befugnisse.  
rung uners  
Schmälerung  
gegenüber.  
dabei die R  
Abg. I  
Der Abge  
veranor. 18  
fung von 18  
diesem Dicta  
wurden. U  
schämlicheit  
es hier so d  
hen annectir  
folgendes ja  
Frage zu th  
vom politisch  
solutions an  
an sie nur i  
res findet; a  
zur Verlegu  
Die Garantie  
aber die Kriti  
Dr. Richter,  
nen. Riema  
über Berna  
muß. Dami  
Eine regelm  
nun führen  
Fall, daß d  
Reservfonds  
Ueberchiffe  
Tilgung dar  
Jahren, wen  
den, es an  
den Resoluti  
und die Reg  
des Hauses i  
Bedenklich  
in Eisenbahn  
den Garantie



liche Tarife... die Parteien, welche das Socialistengesetz zu Stande gebracht haben...

Der Abg. Miquel sagte seinerzeit einmal, er mache seine Zustimmung von der Annahme gewisser Garantien abhängig... die Eisenbahnverwaltung in Hannover getroffen waren...

Der Abg. Richter sprach von dem Einflusse der Hannoveraner... die Eisenbahnverwaltung in Hannover getroffen waren...

wirkt, noch viel mehr als er es wünscht, daß das Eisenbahnkonto specialisirt aufgemacht wird... die Eisenbahnverwaltung in Hannover getroffen waren...

Abg. Dr. Röderath vertheidigt folgenden von ihm gestellten Antrag, der zu den finanziellen Garantien hinzugefügt werden soll...

Der Tarif der Normaltransportgebühren, deren Zusammenstellung den künftigen Etats beizufügen ist, darf ohne Zustimmung des Landtages nicht geändert werden...

Der Redner bemerkt, daß es bei gutem Willen sehr wohl möglich wäre, noch in dieser Session das durch die Resolutionen geforderte Gesetz vorzulegen...

Minister für öffentliche Arbeiten Maybach:

Die königliche Staatsregierung hat bereits erklärt, daß sie die von Ihrer Commission vorgeschlagenen Garantien acceptirt, und hat, falls dieselben Ihre Genehmigung finden, die Aufgabe, Ihnen einen Gesetzentwurf, welcher diesen Vorschlägen entspricht, vorzulegen...

Hierauf wird die Discussion geschlossen und nach dem Schlusswort des Generalreferenten werden die Anträge der Commission bezüglich der finanziellen Garantien mit großer Majorität, in welcher sich auch eine Anzahl der Mitglieder des Centrums befinden, angenommen.

Das Haus geht nunmehr zur Discussion der wirtschaftlichen Garantien über, die im wesentlichen bestehen sollen in der alljährlichen Vorlegung einer Uebersicht über die Personen- und Gütertarife...

Abg. Windthorst: Es hat an sich etwas Auffälliges, daß man Bewilligungen macht und die Voraussetzungen, unter denen man sie macht nicht klar und deutlich formulirt...

es sich hier handelt, gehörig festzustellen. So viel im allgemeinen. Ich komme jetzt zu einigen Vorträgen, welche wir bereits gehört haben... die Eisenbahnverwaltung in Hannover getroffen waren...

Alle Vorträge des Abg. Miquel über innere Verwaltung etc. sind durch und durch so conservativ, daß ich sie stets mit Freude begrüße, da ich immer verwannte Anklänge im eigenen Herzen vernehme... die Eisenbahnverwaltung in Hannover getroffen waren...

Abg. v. Rauchhaupt:

Es geht auch aus den Ausführungen der Gegner hervor, daß mit den Garantien etwas wirklich Werthvolles geschaffen worden ist... die Eisenbahnverwaltung in Hannover getroffen waren...

Regierungscommissar Geheimrath Bresselt:

Der eventuelle Antrag Röderath ist schon in der Commission verworfen worden. Die Beschränkung der Regierung durch Befragung des Landtages bei jeder Erhöhung...

Minister Maybach:

Ich kann Sie ebenfalls nur wiederholt bitten, den Antrag Röderath abzulehnen. Es würde mit dem ganzen Grundgedanken der Vorlage in Widerspruch treten...

Abg. Dr. Röderath will nunmehr seinen Principalantrag zurückziehen, dagegen den Eventualantrag hinter den wirtschaftlichen Garantien nochmals aufnehmen.



Abg. Richter:

Diese allgemeinen Versicherungen bessern uns nicht im geringsten; wir haben ja gar kein Mittel, den Minister zur Verantwortung zu ziehen, wir haben ja kein Ministerverantwortlichkeitsgesetz! Das wäre eine positive Garantie! Die Anschauungen des Hrn. v. Rauchhaupt über Tarife scheinen mir sehr durchgebildete noch nicht zu sein; wenn er die Einführung einer zweiten Stützklasse bekämpft, so befindet er sich auf einem ganz vereinzelt Standpunkte. Es liegt bei der Tariffestsetzung sowohl die Gefahr vor, daß das volkswirtschaftliche Interesse das finanzielle, dann wieder, daß das finanzielle das volkswirtschaftliche verdränge. Hier wird wohl schwer durch einen Antrag eine passende Cautele zu schaffen sein. Man hofft nun viel von dem preussischen Eisenbahnrathe. Aber ich frage Sie, wenn Tarifierhöhungen Sache des Reiches sind, was wird denn schließlich dieser Eisenbahnrathe nützen und durchsetzen? Wenn die Finanzlage schlecht ist und der Reservefonds kein Mittel hat, will ich nicht den Tarif erhöhen, auf einem so rein finanziellen Standpunkte stehe ich nicht, und darum habe ich ja auch den Antrag Röderath mitunterzeichnet. Dieser Eventualität, daß nicht wegen finanzieller Calamitäten eines Tages eine allgemeine Tarifierhöhung eintreten kann, soll der Antrag Röderath vorbeugen. Obwohl also eine bessere Fassung dieses Antrages möglich ist, werde ich für denselben stimmen.

Abg. Fuchs kommt nochmals auf die Forderung nachdrücklicher Garantien zurück gegenüber der außerordentlichen Nachhilfe, welche der Regierung gewährt werden soll. Redner wird vom Präsidenten zur Sache gerufen und verzichtet darauf auf das Wort.

Die Discussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. Frhr. v. Zedlitz und Neukirch:

Die Nebenwürdigkeit, mit der Abg. Windthorst auf meine Ausführungen erwidert, hat bei uns keine Verwunderung hervorgerufen; sind wir doch gewöhnt, von jener Seite und von der ihr zu Gebote stehenden Presse fortwährend auf das tollste angegriffen zu werden! Die Erregung des Abg. Windthorst (Lachen im Centrum) bewies mir, daß meine Rede den Nagel auf den Kopf getroffen hat. (Beifall rechts; Heiterkeit im Centrum.)

Abg. Windthorst:

Ich habe geglaubt, daß Abg. v. Zedlitz eine persönliche Bemerkung machen würde, das ist nicht der Fall gewesen. (Heiterkeit.) Im übrigen bemerke ich ihm, wenn er sich über Angriffe von meiner Seite beklagt, daß das Sprichwort sagt, wie es in den Wald hineinregnet, löst es wieder heraus. Er hat mich und meine Partei zuerst in heftiger Weise angegriffen. Er sprach als Führer seiner Partei. Theilen seine Parteigenossen diese seine Ansichten nicht, dann ist es mir um so lieber, dann habe ich meine Angriffe ihm allein zugebracht.

Hierauf wird der Passus betreffend die alljährlich vorzulegende Uebersicht über die Tarife angenommen, der Eventualantrag Röderath mit einer geringen Majorität abgelehnt.

Das Haus vertagt darauf die Fortsetzung der Discussion bis morgen 11 Uhr, wo außerdem die dritte Berathung des Gesetzes über den Erwerb mehrerer Privatbahnen für den Staat auf der Tagesordnung steht.

Deutsches Reich.

Aus Berlin vom 11. Dec. berichtet der Reichs-Anzeiger: „Se. Maj. der Kaiser und Königin empfing heute Vormittag den auf der Durchreise nach Petersburg begriffenen kaiserlich russischen Generaladjutanten Grafen Schuwalow und den kaiserlich russischen Oberkammerherrn Grafen Chreptomitsch.“ Nach dem Empfang des Grafen Schuwalow durch den Kaiser findet ein solcher beim Kronprinzen statt. Graf Schuwalow geht, nach Angabe der „Post“, noch nach Barzin.

Wir berichteten nach dem Hanoverischen Courier von einem Unfall, von welchem der Kaiser bei der Jagd in Springe am 27. Nov. dadurch bedroht gewesen sein sollte, daß die Zugstange des Wagens an einer steilen Stelle des Bergweges riß. Diese Mitteilung ist nach der „Post“ dahin zu berichtigen, daß eine Gefährdung des Kaisers nicht im entferntesten zu befürchten war, da der an sich unbedeutende Fall sich an einer völlig ebenen Stelle des Sauparks ereignete. Der Kaiser nahm übrigens den ganzen Fall sehr leicht und ließ den Hrn. v. Schneehen, der den Wagen selbst führte, über den kleinen Unfall trösten.

× Berlin, 11. Dec. Nach der sensationellen Mittheilung eines berliner Correspondenten wird dem Reichstage ein neues Steuerbouquet vorgelegt werden. Als Blumen dieses Bouquets nennt der Correspondent die Brausteuern und die Börsensteuer. Damit hat er dem Bouquet das Prädicat der Neuheit selbst abgesprochen, denn, was die Brausteuern betrifft, so versteht es sich von selbst, daß dieselbe, da die Vorlage darüber vom letzten Reichstage nicht zum Abschluß gebracht werden konnte, dem nächsten Reichstage wieder zugehen muß. Was aber die Börsensteuer betrifft, so ist darüber bereits von amtlicher Seite bei der Einleitungsrede zum Etat im Abgeordnetenhaus eine Andeutung gemacht worden.

Die National-liberale Correspondenz hat aus den Worten, welche Minister Raybach in der Eisenbahndebatte sprach, ebenso wie aus denen der meisten Redner des Abgeordnetenhauses die Ueberzeugung gewonnen, „daß das Reichs-Eisenbahnproject ein Ziel ist, dessen Erreichung mit der entscheidenden Erweiterung des preussischen Staatsbahnbesitzes ferner denn je

gerückt ist“. Das Centrum glaubte zwar das Schreckbild des Reichs-Eisenbahnprojectes mit seinen angeblichen Gefahren für die bundesstaatliche Verfassung Deutschlands und selbst das monarchische Princip gegen die Aufschwungvorlage ins Feld führen zu sollen; aber es zeigte sich, daß selbst die conservativen Freunde der Verstaatlichungsvorlage dem Reichs-Eisenbahnproject als Gegner oder doch sehr lächle Freunde gegenüberstehen, und der Minister erklärte ausdrücklich: die Eventualität einer weiteren Uebertragung der jetzt erworbenen Rechte keineswegs als nahe voraussehen zu können. Die Basis, meint die National-liberale Correspondenz, auf der die Reform des Eisenbahnwesens durchgeführt werden sollte, habe offenbar seit dem Jahre 1876, wo das Reichs-Eisenbahnproject im Vordergrunde stand und die Zustimmung des preussischen Landtages erhielt, eine ganz andere Gestalt angenommen. Man werde in der Verstaatlichung der preussischen Eisenbahnen nicht mehr den Weg zum Reichs-Eisenbahnsystem, sondern einen Ersatz für dasselbe erbliden müssen. Es seien eben unüberwindliche Schwierigkeiten vorhanden gewesen in der Abneigung der größeren Bundesstaaten, die ihre Bahnen alsbald fest in die eigene Hand nahmen. Das Reich werde sich nun mit der Regelung des Tarifwesens begnügen müssen, und auch da würden Schwierigkeiten in reichem Maße zu überwinden sein. Unter diesen Umständen dächten wol viele ebenso wie Graf Bethusy, welcher bemerkte: „Ich bekenne mich nach wie vor für einen principiellen Anhänger des Reichs-Eisenbahnsystems; ich ziehe aber das Erreichbare dem Unerreichbaren vor und nehme die Staatsbahnen, da ich Reichsbahnen nicht haben kann.“

Weniger resignirt äußert sich die National-Zeitung. Sie bemerkt zunächst mit Bezug darauf, daß die Conservativen jetzt ihre frühere Passion für das Reichs-Eisenbahnproject verleugnen:

Wenn die national-liberale Partei sich die Rechnung aufmacht, was ihr die Unterfälligung des Reichs-Eisenbahnprojectes gekostet hat, so wird sie unter andern auf eine Anzahl verlorener Reichstagsmandate in Württemberg und anderwärts stoßen. Nichtsdestoweniger sind wir trineswegs gemeint, wie die conservative Partei unsere frühere Haltung zu verleugnen. Wir halten sie mehr wie je für gerechtfertigt und sehen ruhig dem Tage entgegen, wo das scheinbar begrabene Reichs-Eisenbahnproject seine Lebenskraft erweisen wird.

Ferner erinnert sie an die Worte, welche im Herrenhause 1876 Fürst Bismarck gesprochen. Er sagte:

Ich kann die Theorie eines „Großpreussenthums“ nicht in Schuß nehmen. Es ist ja gerade das, was ich vermeiden wollte, daß ein einzelner Bundesstaat, der schon hervorragend durch seine Ausdehnung und durch die Thatfache, daß sein Souverän zugleich der Kaiser ist, durch seine geographische Lage genöthigt, die Consolidation der Eisenbahnverhältnisse im Vereine mit einer kleinen Anzahl deutscher Bundesstaaten zu suchen, durch diese Consolidation nur wieder ein neues Uebergewicht im Reiche erhält. Ich würde damit nicht glauben, die mir obliegenden Pflichten zur Durchführung der Reichsverfassung zu erfüllen, sondern ich würde dazu beitragen, die Mittel in verstärktem Maße in die Hand der preussischen Regierung zu legen und den Widerspruch und das Mißverhältniß gegen die Reichsverfassung, welches heute darin besteht, daß die preussischen particularen Eisenbahninteressen mächtiger sind als der Einfluß des Reiches, diese der Verfassung entgegenstehende Situation würde ich dadurch wesentlich verschärfen.

„Was hat sich denn“, fragt die National-Zeitung, „seit der Zeit geändert, wo jene Ansichten entwickelt wurden? Wenn die Conservativen jetzt die Reichs-Eisenbahndee mit der Erwerbung der Bahnen durch Preußen bekämpfen wollen, so scheinen sie über das, was sie thun, sehr wenig klar. Tritt nicht alsbald ein, was der Reichskanzler damals sagte, daß Preußen im Vereine mit einer kleinen Anzahl von Bundesstaaten sein Eisenbahnsystem consolidirt? Und was wird nach einiger Zeit von der Eisenbahnsouveränität der Bundesstaaten übriggeblieben sein? Baiern allerdings, das schon von vornherein außer Frage blieb, aber Sachsen und Baden werden eine sehr kleine Rolle neben der preussischen Eisenbahngroßmacht spielen; ihre Eisenbahnselbständigkeit wird sehr nominell. Württemberg wird vielleicht zwischen der preussischen oder bairischen Eisenbahngroßmacht wählen können; die übrigen Eisenbahnsouveränitäten sind heute beinahe schon erledigt. Dedwegen ist der Gegensatz zwischen Großpreussenthum und Reichsidee, der damals der Discussion im Herrenhause zu Grunde gelegt wurde, ein ganz richtiger. Wir ziehen vor, bei der Reichsidee zu verharren.“

— Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 wurden verboten: „Der Zeitgeist. Eine Skizze von E. R.“ (2. Aufl., Zürich 1876; Verlag der Volksbuchhandlung); ein unveränderter Abdruck der am 23. Oct. 1878 vom königlichen Polizeipräsidenten zu Berlin verbotenen Druckschrift: „Der Zeitgeist. Eine Skizze von E. R.“ (Chicago 1873; Verlag und Druck von Charles Ahrens in Chicago); ein mit der Aufschrift „An die Partei- und Gesinnungsgenossen von Nürnberg und Umgegend“ und den Unterschriften „E. Grillenberger, J. Scherm“ erschienen, in der Genossenschaftsbuchdruckerei Nürnberg gedrucktes socialdemokratisches Flugblatt ohne Datum.

Preußen. × Berlin, 11. Dec. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. Dec. erklärte der

Finanzminister infolge einer Interpellation des Abg. Schmidt-Stettin: „Ich vermute, daß der Herr Redner auf denjenigen Theil meiner Rede bei Einbringung des Etats Bezug genommen hat, der sich mit dem Mainkanal beschäftigt. Ich habe damals ausgesprochen, daß die Verhältnisse noch nicht so weit gediehen seien, um die Regierung in den Stand zu setzen, die Vorarbeiten abzuschließen.“ Diesen Worten fügte der Minister den Ausdruck der Hoffnung bei, daß es möglich sein werde, noch rechtzeitig einen Nachtragetat für den Mainkanal vereinbaren zu können. Es liegt bei dieser Angelegenheit die Nothwendigkeit vor, mit den Mainuferstaaten eine Uebereinkunft zu treffen, da ohne letztere der Bau des Kanals nicht begonnen werden kann. Die Verhandlungen zur Herbeiführung einer solchen Uebereinkunft werden so beschleunigt, daß es möglich sein wird, falls nicht unerwartete Schwierigkeiten dazwischen eintreten, den in Aussicht genommenen Nachtragetat in den ersten Tagen des Januar dem Landtage vorzulegen.

— Officiös wird berliner Blättern geschrieben: „Es ist befreudlich, daß in der Budgetcommission des Abgeordnetenhauses die 200000 M. im Extraordinarium der Generalstaatskasse gestrichen worden sind, obwohl dieselben den einzigen Fonds bilden, aus welchem die Staatsverwaltung die Mittel zur Begegnung eines entstehenden Nothstandes nehmen kann. Aus diesem Grunde erscheint ein Wegfallen oder eine Verminderung dieser Position unmöglich. Noch ein anderer Beschluß ist befreudlich. Wie die Regierung bei Aufstellung des Etats überhaupt sich von der Rücksicht auf möglichste Sparsamkeit leiten ließ, hat sie auch ihre Anträge auf Functionszulagen dem notorisch anerkannten Bedürfnis angepaßt. Die Regierung konnte nicht besorgen, hier einer Beanstandung zu begegnen. Daß es dennoch geschehen, ist um so weniger verständlich, als die Bureaubeamten beider Häuser des Landtages Gehaltsaufbesserungen bekommen sollen.“

— Aus Berlin vom 10. Dec. wird der Magdeburgerischen Zeitung berichtet: „Im Abgeordnetenhause ist heute eine aus Mitgliedern aller Parteien bestehende freie Commission zusammengetreten, welche sich die Aufgabe stellt, auf die Beseitigung des bekannten Bieren- und Pilzenparagraphe aus dem Feld- und Forstpolizeigesetz hinzuwirken.“

— Aus Berlin vom 10. Dec. berichtet die National-Zeitung: „Die national-liberale Fraction des Abgeordnetenhauses hielt heute in dem stark gefüllten Saale des Restaurant Landvoigt ein Fractionsdiner ab. Eine Reihe von Gästen war gleichfalls erschienen, und nahm das Fest den angeregtesten Verlauf. Nachdem Vizepräsident v. Benda den mit Jubel ausgenommenen Toast auf den Kaiser ausgebracht hatte, sprach Abg. v. Bennigsen, indem er sich namentlich an die neuen Mitglieder der Fraction wandte:

Sie seien in ungünstiger Zeit gekommen, wo Wind und Wetter gegen uns sei, aber das sei doch in der That weniger der Fall, als oft in Bestimmung angenommen werde. Die Bevölkerung wolle keine Reaction, sie sei conservativer geworden wie früher, denn es gebe heute mehr zu conserviren. Sie sei realistischer wie früher, nachdem Ideale, die man beinahe für unerreichbar gehalten, sich verwirklicht haben. Aber mit den liberalen Ideen habe die große Mehrheit der Nation nie zu brechen gedacht, und nur die eigenen Fehler der Liberalen könnten sie aus einer Stellung drängen, die ein ernstes Gewicht und in Zukunft sicher wieder das Uebergewicht ihr zuwiefen. Es fehle der Boden zu einer Reaction; Fürst Bismarck könne eine solche nur wollen, wenn er mit eigener Hand sein Werk seit 1867 auflösen wolle, und das sei undenkbar. Im vorigen Reichstage hat der Reichskanzler die Unterfälligung der Meritalken und Ultraconservativen angenommen, man könnte sagen, sich hieselbe gefallen lassen, weil er eine andere Unterfälligung eben nicht gefunden habe. Aber die Klägern und Ruhigern unter den Führern des Centrums haben selbst sehr gut ein, daß die große historische Frage der Beziehungen zwischen Staat und Kirche nicht gelegentlich einer Steuerhandlung entschieden würde. Von dieser Seite sei stets in Abrede gestellt worden, daß es zu irgendwelchen Zusagen gekommen sei. Die Conservativen stülpen sich heute außer Stande, die gelegten Grundlagen der Gesetzgebung anzutasten; denn diese beruhen auf der gemeinsamen europäischen Cultur und der Gedankenarbeit der Nation; sie sind, der Nothwendigkeit gehorchend, von Regierung, Gemäßigtenconservativen und Liberalen, allerdings unter dem maßgebenden Einwirken der letztern, gelegt worden. Das sei ein Gegenstand des höchsten Stolzes für die liberale Partei; aber eben daraus erwachse ihr die Verpflichtung auch, sich nicht zu entziehen, wenn ihr bei einem so großen Werk Unvollkommenheiten und Fehler nachgewiesen werden, und zur Verbesserung die Hand zu geben. Die liberale Partei müsse nur sich selbst treu bleiben, unabhängig nach allen Seiten ihren Blick auf die realen Bedürfnisse des Volkes richten, dann werden auch die ungünstigen Zeiten sich wieder zu ihrem Vortheil wenden.

In dieser praktisch politischen Thätigkeit mit den ältern Mitgliedern zusammenzugehen, forderte der Redner auf, dessen Toast den wärmsten Beifall fand. Abg. Wächler toastirte auf den national-liberalen Vorstand; Abg. Miquel auf den „alten Wächler“, Abg. v. Sell auf das Zusammenwirken von Alten und Jungen und Abg. Schläger in gewohnter launiger Weise auf die Frauen. Das Fest hinterläßt den freundlichsten Eindruck, zu dem auch die Leistungen des Restaurant Landvoigt an ihrem Theil wirkten.“

Bezüge

Ministerial  
Geistliche  
Germania  
Die Ber  
theils wirt  
gierung d  
Unterricht  
ziehen, ob  
denen sie  
unterricht  
wieder zu  
übernahme  
gar nicht  
sich hierbe  
Herren Pf  
Stellung z  
berigen Unt  
Stunden un  
Organen g  
Staatsregie  
Zwecke gef  
Jelung der

Der

wegen sein  
gegriffen  
in einer v  
lichten Erf  
Stellen mit  
Ich bin  
schonalter  
des beson  
heit, aber  
mit Sitte  
ist wahr, i  
von Theorie  
nach rechts  
Seite gefa  
so war das  
man neuer  
nach willk  
nen zu mod  
aber die un  
und Popul  
schlichte W  
gangen bin  
pfeigt, gel  
zungen, ab  
nach philo  
niffen und  
die neuen  
werden, we  
sein; aber  
reicht, wen  
hätte man  
nem Zweck  
würde; da  
keine gleich  
wollte, so  
wird nun  
Ersorberr  
namentlich  
sich bewegen  
stadium ab  
nicht an eine  
besorgt hab  
enthalten  
Bismarck  
Böhl eine  
nur zu w  
Richtung  
hätte man  
zurückhalt  
auf den vorg  
sten auf das  
nach meiner

Paris

schäftigte  
dem Antrage  
vom 18. N  
und Feiertag  
rifal) hat ein  
Gesetz aufre  
Bauten, die  
verwaltung  
merkte: Nie  
der Ruhe un  
jemand; dem  
meiste Inter  
ihnen die A  
sichert. Es  
die Ruhe zu  
nach seinem  
den übrigen  
Man habe  
Israeliten zu  
die sie nicht  
der Gleichheit  
und den gro  
vollständig

Paris

schäftigte  
dem Antrage  
vom 18. N  
und Feiertag  
rifal) hat ein  
Gesetz aufre  
Bauten, die  
verwaltung  
merkte: Nie  
der Ruhe un  
jemand; dem  
meiste Inter  
ihnen die A  
sichert. Es  
die Ruhe zu  
nach seinem  
den übrigen  
Man habe  
Israeliten zu  
die sie nicht  
der Gleichheit  
und den gro  
vollständig



Bezüglich des im Wortlaut noch nicht bekannten Ministerialrescripts betreffend die Betheiligung der Geistlichen am Religionsunterricht wird der Germania Folgendes geschrieben:

Die Verfügung der Regierung lautet in ihrem Anfang theils wörtlich, theils dem Sinne nach dahin, daß die Regierung durch Erlaß des Ministeriums der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten veranlaßt sei, in Erwägung zu ziehen, ob nicht ein Theil derjenigen katholischen Pfarrer, denen sie bisher die Leitung des schulpflichtigen Religionsunterrichts zeitweilig habe entzogen müssen, in Zukunft wieder zu derselben zugelassen werden könne. Von Wiederübernahme des Religionsunterrichts durch die Pfarrer ist gar nicht die Rede, sondern nur von der Leitung. Es würde sich hierbei hauptsächlich darum handeln, ob die betreffenden Pfarrer durch ihr bisheriges Verhalten und ihre Stellung zum Staate, ferner durch Beibehaltung der bisherigen Unterrichtsbücher, Innehaltung der schulpflichtigen Stunden und durch Adoption der von den staatlichen Organen getroffenen Vertheilung des Unterrichtsstoffes der Staatsregierung die Gewähr bieten, daß nicht diejenige Zwecke gefährdet würden, welche der Staat mit der Erziehung der Jugend durch die Volksschule verfolgt.

Der Abg. Dettler war in der letzten Zeit öfter wegen seiner angeblich zu conservativen Haltung angegriffen worden. Dagegen verteidigt er sich heute in einer von der Hessischen Morgenzeitung veröffentlichten Erklärung, aus welcher wir hier die folgenden Stellen mittheilen:

Ich bin noch ziemlich derselbe, der ich seit einem Menschenalter gewesen bin — ein Mann des Fortschritts, aber des besonnenen, ruhigen, gemessenen — ein Mann der Freiheit, aber der Freiheit, die mit Ordnung und Gesetzmäßigkeit, mit Sitte und Religiosität stets gleichen Schritt geht. Es ist wahr, ich halte im öffentlichen Leben wenig oder nichts von Theorien und Systemen, aber es gilt dies gleichmäßig nach rechts wie nach links. Wenn einst auf der rechten Seite gesagt worden ist: „Die Wissenschaft muß umkehren“, so war das nach meiner Meinung ebenso thöricht, als wenn man neuerdings auf der linken versuchen will, die Welt nach willkürlich erfundenen liberalen oder socialistischen Plänen zu modellieren; nicht die Wissenschaft braucht umzukehren, aber die unwissenschaftlichen und oberflächlichen Auswüchse und Populärirungen sollten weggehört werden. Die geschichtliche Wirklichkeit ist der Boden, von dem ich ausgegangen bin und auf dem ich stehe; sie muß begriffen, gepflegt, geläutert, entfaltet werden — nicht in Ueberführungen, aber auch nicht in Säumnissen, und weit weniger nach philosophischen Principien als nach praktischen Bedürfnissen und praktischer Möglichkeit und Nützlichkeit. ... Ob die neuesten Reformen die wirtschaftlichen Erfolge haben werden, welche man davon erwartet, mag sehr zweifelhaft sein; aber Eins steht fest: Bismarck hat ein Hauptziel erreicht, wenigstens theilweise, nämlich Geld für das Reich. Hätte man ihm das Tabakmonopol gegeben, so wäre seinem Zwecke gründlicher und vielleicht für alle Zeit genügt worden; da man das aber nicht gewähren wollte und auch keine gleichwertige Fabriksteuer an die Stelle setzen wollte, so blieb kein Weg übrig als der betretene, und derselbe wird nun noch wiederholt betreten werden müssen, wenn allen Erfordernissen entsprochen werden soll. ... Ich habe es namentlich nicht für richtig halten können, daß U. v. Bennigsen sich bewegen ließ, das ihm von Bismarck angebotene Ministerium abzulehnen. Es würde ihm nach meiner Meinung nicht an einer genügenden Mehrheit gefehlt haben, wie er besorgt haben soll; und wäre ihm wirklich eine solche vorenthalten worden, so würde eine Auflösung und eine mit Bismarck gemeinsam erlassene Berufung an das deutsche Volk eine so glänzende Reue gebracht haben, wie sie nur zu wünschen gewesen wäre. Wollte man aber in dieser Richtung dem Rufe des Reichskanzlers nicht folgen, so hätte man sich in andern Fragen um so weniger ohne Noth zurückhaltend zeigen sollen. Daß man fast unmittelbar darauf den vorgeschlagenen Uebergang der Domänen und Forsten auf das landwirtschaftliche Ministerium verlagte, war nach meiner Ansicht ein großer Fehler.

In der am 11. Dec. in Berlin abgehaltenen Generalversammlung der Actionäre der Berlin-Potsdam-Magdeburger Bahn wurde der mit der Regierung abgeschlossene Kaufvertrag mit 6749 gegen 1136 Stimmen genehmigt. Der Regierungskommissar hatte bei Eröffnung der Versammlung erklärt, daß der Vertrag bis zum 1. Mai 1880 dem Landtage vorgelegt werden würde.

Frankreich.

\* Paris, 10. Dec. Die Deputirtenkammer beschäftigte sich, wie schon erwähnt, am 1. Dec. mit dem Antrage betreffend die Abschaffung des Gesetzes vom 18. Nov. 1814, welches die Arbeit an Sonn- und Feiertagen verbietet. Der Deputirte Keller (Klerikal) hat einen Gegenantrag eingebracht, welcher das Gesetz aufrecht erhält und es auf die öffentlichen Bauten, die Eisenbahnen, die Post und die Telegraphenverwaltung ausdehnt. Der Antragsteller Maigne bemerkte: Niemand bestreite den hygienischen Einfluß der Ruhe und die Republikaner weniger denn irgendjemand; denn sie hätten den Arbeitern immer das meiste Interesse bewiesen, namentlich dadurch, daß sie ihnen die Ausübung des allgemeinen Stimmrechts gesichert. Es handle sich nicht darum, irgendjemand die Ruhe zu rauben; aber jedem die Freiheit zu geben, nach seinem Willen zu arbeiten und zu feiern, ohne den übrigen einen bestimmten Ruhetag vorzuschreiben. Man habe nicht das Recht, die Protestanten und Israeliten zu zwingen, die religiösen Feste zu feiern, die sie nicht anerkennen. Die wahre Frage sei die der Gleichheit der Culte vor dem Gesetz. Dem Staat und den großen Eisenbahngesellschaften stehe es wol vollständig frei, ihre Werkstätten am Sonntag zu

schließen. Aber einer Kirche dürfe man die Beobachtung der Riten nicht aufzwingen. Das Gesetz von 1814 sei ein Erzeugniß dieser Reaction; es sei nichts anderes als ein Bündniß des Thrones mit der Kirche, die Heiligung des Princips der Staatsreligion. Dieses Princip sei nach 1851 und 1871 wieder zum Vorschein gekommen; man bemühe sich, es zu entwickeln; aber der Haß gegen den Klerikalismus sei nicht erloschen in dieser Versammlung, denn die Theokratie würde der Tod Frankreichs sein. Hr. Keller habe im Namen der Arbeiter gesprochen; aber er (Maigne) vertrete einen Landbezirk, und er wisse, daß der Bauer das Gesetz zu Gunsten des Sonntags verabscheue, da er diesen Tag oft zu seinen Landarbeiten nöthig habe. Der christliche Socialismus, den Keller und Consorten verträten, könne in Frankreich nicht aufkommen. Frankreich habe keine Aehnlichkeit mit England und Amerika. Hr. Keller habe unrecht gehabt, diese als Beispiele vorzuführen. Hr. Keller habe behauptet, die Kirche wolle niemand unterdrücken; unter dem ultramontanen Katholicismus aber, wie er heute bestehe, gebe es keinen Platz für die Freiheit. Das Gesetz von 1814 sei ein erster Schritt der Theokratie, jenes Klerikalismus, der, wenn man ihn ruhig handeln lasse, bald den politischen Geist und die politische Existenz Frankreichs vernichten werde. (Beifall links.)

Nach einer kurzen Antwort von Keller, der wiederum hervorhob, er spreche nur im Namen der Arbeiter, denen man aus Haß gegen die Kirche ihren Ruhetag raube, erklärte der Herzog v. Carondeau-Bisaccia, die Behauptung, Ludwig XVIII. sei in dem Sepäwagen der Feinde nach Frankreich zurückgekommen, nicht dulden zu können (Lärm links.) Die Geschichte lehre, daß die Bevölkerung von Paris durch eine großartige Kundgebung erklärt habe, daß sie die Rückkehr der Monarchie wünsche. (Neuer Lärm.) Der erste Act des Königs wäre der gewesen, Frankreich die Freiheit zu geben, die zu besitzen es heute froh sein würde. (Beifall auf einigen Banken der Rechten.) Maigne (Republikaner) erinnert daran, daß Ludwig XVIII. an den englischen Regenten schrieb: „Nach Gott verdanke ich Ihnen meine Krone.“ Der Gegenantrag von Keller wird hierauf verworfen und die Aufhebung des Gesetzes von 1814 mit 335 gegen 102 Stimmen angenommen.

Der Staatsrath hat auf die Recurse aller Schulbrüder gegen ihre Ausweisung aus den Communal-schulen durch die Präfecten einen abschlägigen Bescheid erteilt.

Die äußerste Linke der Kammer vereinigte sich gestern im Palais Bourbon unter dem Vorsitz von Hrn. Louis Blanc und beschloß, einen Amnestieantrag niederzulegen, vorher jedoch das Cabinet durch Hrn. Ledroix über die Ausführung des actuellen Amnestiegesetzes und durch Hrn. Perin über die schlechte Behandlung der Deportirten interpelliren zu lassen.

Großbritannien.

Der nun seit vier Monaten andauernde Abfluß von Geld nach den Vereinigten Staaten zieht hier immer mehr die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Seit August d. J. sind aus England und Frankreich nicht weniger denn 280 Mill. M. nach Amerika verschifft worden, und noch kann man das Ende dieser Bewegung nicht absehen. Die Ursache dieser interessanten Erscheinung ist offenbar das Wiederaufleben des amerikanischen Handels und die bedeutende Kräftigung der dortigen Industrie, welche mit ihren Producten auf englischen Märkten den inländischen Waaren mit Erfolg Concurrenz zu machen beginnt. Das dafür bezahlte Geld fließt nun dauernd in die Adern des amerikanischen Verkehrs, woraus sich die Nothwendigkeit, den Greenback den Charakter des gesetzlichen Zahlungsmittels zu nehmen, von selbst ergibt. Besonders ist es die amerikanische Eisen- und Stahlindustrie, welche der englischen gefährlich zu werden droht, und an diesem Wettkampfe nehmen noch eine Reihe anderer Manufacturbranchen theil.

Rußland.

Dem Berliner Tageblatt berichtet man aus Petersburg: „Den tiefsten Eindruck macht hier in Petersburg die Arretirung eines Menschen, in dessen Behausung außer einer Menge Dynamit auch ein bis in die kleinsten Details genauer Plan des Winterpalais gefunden wurde. Der Plan ist so vorzüglich correct und sauber, wie kaum ein solcher im Schloßarchiv existirt. Wie der Verhaftete zu demselben gekommen, ist vorläufig noch ein vollständiges Räthsel.“

Die Daily News bringt ein officiöses Communiqué, wonach die Verzögerung der Nachricht über das letzte Attentat deshalb geschah, weil der Zar erklärte, die Kaiserin müsse die Nachricht zuerst durch ihn und nicht aus den Zeitungen erhalten.

Aus Warschau wird der Neuen Preussischen Zeitung gemeldet, daß der vor mehreren Jahren gefaßte Plan, Kowno zu einem großen Waffenplatz zu machen, mit Eifer in Angriff genommen werde. Es seien die Hauptplätze mit 13 Forts abgesteckt und

es würden zu dem daselbst garnisonirenden Infanterieregiment noch zwei erwartet, deren Mannschaften mit den Erdarbeiten beschäftigt werden sollen.

Königreich Sachsen.

Ueber die Erbauung mehrerer Secundäreisenbahnen ist der Ständeverammlung ein königliches Decret zugegangen, welchem wir Folgendes entnehmen: Von den in dem vergangenen Jahre versammelten Ständen ist der Staatsregierung folgender Antrag zur Erwägung empfohlen worden: „Die wegen des weitern Ausbaues des Staatseisenbahnbaues anzustellenden Erörterungen und Vorarbeiten möglichst zu beschleunigen und das Ergebnis seinerzeit der Ständeverammlung mitzutheilen.“ Diese Erwägung hat die Staatsregierung in eingehender Weise eintreten lassen und sie ist dabei in ihrer wiederholt kundgegebenen Ueberzeugung bekräftigt worden, daß das gegenwärtig vorhandene Eisenbahnnetz noch nicht als definitiv abgeschlossen erachtet werden könne, daß es vielmehr im Interesse einer stetigen gedeihlichen Entwicklung des Landes nothwendig sei, dasselbe unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des Verkehrs und der Mittel, insofern deren Inanspruchnahme jeweilig zulässig erscheint, so wie im Einklange mit den übrigen Bedürfnissen des Staates allmählich weiter auszubauen. Hierbei kann es sich selbstverständlich nicht mehr um die Herstellung von Hauptverkehrslinien, sondern, nachdem dieselben bereits vorhanden sind, nur noch darum handeln, einzelne Gegenden des Landes, bei welchen ein ausreichendes Bedürfnis hierzu anzuerkennen ist, mit dem bestehenden Eisenbahnnetz zu verbinden, wozu die Anlage von im Bau und Betriebe möglichst billigen Secundärbahnen und in der Regel von solchen mit schmaler Spur vollständig genügt. Da für die Schwarzenberg-Johanneorgenstädter Eisenbahn der Regierung bereits im Jahre 1874 die Expropriationsbefugniß erteilt worden ist, so bedarf es der Ertheilung dieser Befugniß nur noch für die folgenden vier Schmalspurbahnen. Die Kosten für die sämtlichen Bahnen stellen sich wie folgt: Für die normalspurige Secundäreisenbahn von Schwarzenberg nach Johanneorgenstadt mit 17 Kilometer Länge: 1,700,000 M. Bewilligt waren für den Bau dieser Bahn als Normalbahn 7,500,000 M., so daß sich bei Durchführung des Projects als Secundärbahn eine Ersparniß von 5,800,000 M. erzielen lassen würde. Für die Schmalspurbahn von Willkau durch Kirchberg nach Saupersdorf mit 9,70 Kilometer Länge auf 705,000 M.; für die Schmalspurbahn von Hainsberg über Dippoldiswalde nach Schmiedeberg mit 21,00 Kilometer auf 1,525,000 M.; für die Schmalspurbahn von Döbeln über Mügeln nach Dschay mit Füllgelbahn von Mügeln nach Wermsdorf mit 44,14 Kilometer auf 2,540,000 M.; für die Schmalspurbahn von Greithain über Lausitz nach Leipzig mit 47,70 Kilometer auf 2,380,000 M. Es sind dies zusammen 140,66 Kilometer zu 8,850,000 M. Diesen Gesamtkosten stehen gegenüber die für den Ausbau der Schwarzenberg-Johanneorgenstädter Linie als Normalbahn bewilligte Summe von 7,500,000 M., so daß noch 1,350,000 M. zu decken bleiben würden, also etwas über ein Sechstel (genau 18 Proc.) der zuletzt gedachten Bewilligung.

— Vom Abg. Dr. Heine ist zunächst der II. Kammer folgender Antrag vorgelegt worden:

Die Kammer wolle beschließen, an die königliche Staatsregierung das Ersuchen zu richten, eine möglichst übersichtliche Zusammenstellung der sämtlichen auf den königlich sächsischen Staatsbahnen jetzt zur Anwendung kommenden Frachttarife mitzutheilen und dabei anzugeben, welche Kilometerlänge und welche anderweite Factoren bei der Calculation und bei den Aufstellungen der betreffenden Tarifgattungen zu Grunde gelegt sind. Auch soll thunlichst angegeben werden: a) inwieweit die Verwaltung der königlich sächsischen Staatsbahnen an diese Frachttarife und Expeditionsgebührensätze, beziehentlich auch an Nichterhebung der letzteren durch bundesrätliche Anordnung oder Verträge gebunden ist, eventuell ob und wie letztere kündbar sind; b) auf welche Rechnungsaufstellung und Calculation die gegenwärtig für die Expeditionsgebühr in der Regel zur Anwendung kommenden Einheitsätze sich gründen; namentlich also, welche einzelnen Ausgabeposten man als Expeditionskosten bezeichnet, um zu den jetzt geltenden hohen Expeditionsgebührensätzen zu gelangen; c) wie sich die einzelnen Frachttarifsätze zu dem Aufwande verhalten, der durch die Beförderung der betreffenden Güterklassen auf den sächsischen Staatsbahnen entsteht und inwieweit diese Tarifsätze auch zur Verzinsung, und Amortisation des angewendeten Anlagekapitals theilhaft beizutragen geeignet sind.

Insbondere soll auch erläutert werden, wie man dazu gelangt ist, einerseits die jetzt geltenden, anscheinend zu hohen Einheitsätze für die Expeditionsgebühr einzuführen und damit den auf geringe Entfernungen berechneten Güterverkehr anscheinend zum Nachtheil der Staatskasse von den Staatseisenbahnen ganz oder doch zu einem großen Theil wegzuweifen und andererseits durch anscheinend zu niedrig gegriffene Kilometer-Einheitsätze für große Entfernungen, namentlich auch für den Durchgangsverkehr Frachtsätze zu schaffen, welche dem Aufwande für die Beförderung auf den Staatseisenbahnen entweder schon an sich nicht oder doch dann nicht entsprechen, wenn man einen verhältnismäßigen Antheil an der Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals hinzurechnet oder welche wenigstens die Anricht leicht entstehen lassen, als würden die königlich säch-



fischen Staatsbahnen für die Beförderung nichtschiffbarer Güter unter billigen Bedingungen zur Verfügung gestellt, als die namentlich mit der vollen Expeditionsgelbst belegten schiffbaren Güter gleicher Art.

— Aus Leipzig vom 11. Dec. wird der Leipziger Zeitung geschrieben:

Der Neue Leipziger Thierschutzverein hatte am gestrigen Abend im Saale des Stadgartens eine Versammlung „zum Zwecke einer kritischen Beleuchtung des am 8. Dec. im Leipziger Thierschutzverein gehaltenen Vortrags über die Vereinfachung der Vivisection“ anberaumt, zu der auch Gäste Zutritt gestattet war. Der Vorsitzende Dr. Zedler erwähnte mit einigen andern geschäftlichen Mitteilungen, daß der Verein hat für Zughunde durch Beschaffung von Decken und für die kleinen Vögel von Futterkörben Sorge getragen. Hierauf sprach Hr. Hauptmann a. D. Woltermann und nach ihm Hr. Dr. Voigt über das Wesen der Vivisection und namentlich über die wissenschaftliche Berechtigung der Vivisection selbst, dann als demonstrativen Zweck bei wissenschaftlichen Vorführungen und endlich über die Privatvivisection. Die Gegnerschaft des Vereins war durch drei Studierende der Medicin vertreten. Die Discussion, welche sich an die kritischen Beleuchtungen der Vivisection angeschlossen, verlief in ruhiger leidenschaftloser Weise. Die Herren Studenten Wirth, Fränkel und Epstein verteidigten die Vivisection und ihre berühmten Vertreter, während andererseits auch der bekannte Tumult während Hr. v. Weber's Vortrag im Triebfischer Saale einer scharfen Kritik unterzogen und namentlich von dem Ausgesprochenen wurde, daß an jenem Abend nicht einer der namhaften Herren Professoren zur Vertretung der Vivisection Hr. v. Weber gegenübergetreten sei. Schließlich sprach Hr. Hindorf seine Ueberzeugung aus, daß die Naturheilkunde die wissenschaftliche Medicin und mit ihr die Vivisection überwinden und was auch die Zeit kommen werde, wo es mit dem Bekriegen der Wässer untereinander ein Ende hat.

— Der Leipziger Zeitung berichtet man aus Leipzig vom 10. Dec.: „Western überreichte der hiesige I. I. Geschäftsträger und Generalconsul Ministerialrath Dr. Karl Ritter v. Scherzer dem Procuristen und Expeditionsvorstand des Leipziger Tageblattes, Hr. Otto von Staubinger, das Ritterkreuz des I. I. österr. kaiserlichen Franz-Josephs-Ordens in Anerkennung des eminent humanitären Wirkens dieses Menschenfreunds.“

\* Kripzig, 12. Dec. Die hiesigen Sammlungen für die Hinterlassenen der im Zwidauer Brückenbergschachte verunglückten Bergleute waren nach der unterm 10. Dec. veröffentlichten zweiten Quittung bis dahin bereits auf 26188 M. gestiegen. Unter den eingekommenen, zum Theil sehr namhaften Beiträgen bemerken wir auch einige von auswärts, z. B. vom Geh. Commerzienrath v. Meißner in Berlin 500 M., von S. Elkan u. Comp. in Hamburg 100 M.

— Das Zwidauer Wochenblatt berichtet aus Zwidau vom 10. Dec.:

Wie uns heute mitgeteilt wird, sind von den am 1. Dec. beim zweiten Brückenbergschachte Verunglückten 36 infolge Explosion schlagender Wetter verbrannt, beziehentlich erschlagen, und 53 durch Brandgase erstickt. Von den zuletzt Erwähnten hätten noch 37 Mann ihr Leben retten können, wenn sie nicht, dem allgemeinen Zuge folgend, nach dem vierten Schachte geflüchtet wären. Alle diejenigen, welche sofort nach der Explosion, die sich in den Bauen der ersten Förderbohle durch starken Luftstoß und aufgewirbelten Kohlenstaub zu erkennen gab, nach dem vierten Schachte flüchteten — und zwar circa 70 Mann von der gesamten Belegschaft — sind auch glücklich dort angelangt und gerettet worden; die übrigen hingegen, welche zum Theil den zweiten Schacht, in welchem frische Wetter wieder einzogen, bereits erreicht hatten und hier vollständig in Sicherheit waren, glaubten trotzdem nur durch den vierten Schacht ihr Leben retten zu können und wurden auf halbem Wege nach dort von dem nachziehenden Schwaden (Brandgase) eingeholt und getödtet. Der auf der zweiten Förderbohle durch die Explosion erzeugte Schwaden mußte notwendigerweise den ihm durch die Wetterführung überhaupt vorgeschriebenen Weg nach dem vierten Schachte nehmen; es muß vorausgesetzt werden, daß dies sämmtlichen Unglücklichen genau bekannt war; sie gedachten aber den vierten Schacht vor Eintreffen ihres Feindes noch zu erreichen, was sie leider mit dem Leben blühen mußten. Nachdem der beim vierten Schachte angestellte Steiger Weber von der beim zweiten Schachte erfolgten Explosion Kenntniß erhalten hatte, ließ er in richtiger Erkenntniß der Gefahr seine Mannschaft durch den vierten Schacht ausfahren, öffnete die Wetterblenden, um den Wetterstrom nicht mehr durch die Bane, sondern direct nach dem Schachte zu leiten, und begab sich nebst acht seiner bravsten Leute auf den Weg nach dem zweiten Schachte, nur um die auf der Flucht Vegriffenen zu unterstützen, beziehentlich auf den richtigen Weg zu leiten. Aber auch er sollte das Tageslicht nicht wieder erblicken! Der im zweiten Schachte befindlich gewesene Steiger Schumann konnte zur Rettung seiner Mannschaft nichts beitragen, da er durch den starken Luftdruck und den gleich darauf folgenden Schwaden ein sehr schnelles Ende gefunden hat.

Wie dem Dresdner Journal aus Zwidau berichtet wird, sind die von den Behörden gepflogenen Erhebungen darüber, ob bei dem Unglücke im Brückenbergschachte jemand ein Verschulden treffe, noch im Gange und wird erst nach deren Abschluß sich ein Urtheil darüber abgeben lassen.

II Kripzig, 11. Dec. In der gestrigen zweiten Sitzung des Geschworenengerichts, die bei geschlossenen Thüren stattfand, wurde der frühere hiesige Drochsenkutscher Friedrich Karl Grase aus Wildenhain bei Torgau, 30 Jahre alt, von der wider ihn wegen versuchter Nothzucht erhobenen Anklage freigesprochen. Dagegen erfolgte in den beiden heutigen Sitzungen eine Verurtheilung der Angeklagten, des früheren hiesigen Cigarrenhändlers (auf der Kleinen Fleischer-

gasse) Johann Friedrich Hochtritt, gebürtig aus Kummelohain bei Raumbach, und 29 Jahre alt, und des fünfundsiebenzigjährigen Seifers Gustav Adolf Kunze aus Coscha bei Eilenburg, zuletzt in Plagwitz aufhältlich. Beiden fiel zur Last, nach ihrer Zahlungseinstellung, beziehungsweise nach Eröffnung des Concurfes Vermögensstände, die bei ersterem in mehreren Posten Cigarren und einem Gelddatrag, bei letzterem in zwei Wirtschaftgegenständen von verhältnismäßig geringem Werthe bestanden, heimlich beiseitegeschafft zu haben, um ihre Gläubiger zu benachtheiligen, beziehentlich den Erbs im eigenen Nutzen zu verwenden. Sie wurden, da die Geschworenen das Vorhandensein mildernder Umstände ausgesprochen hatten, nur zu Gefängnisstrafen von neun und von drei Monaten verurtheilt.

\* Kripzig, 12. Dec. Infolge des in den letzten Tagen eingetretenen starken Schneefalles waren gestern auf sämmtlichen hier einmündenden Eisenbahnlinien Verkehrsstörungen eingetreten. Fast alle Züge trafen mit Verspätung, einzelne gar nicht hier ein, während auf manchen Strecken, z. B. auf der Linie Gera-Eichicht, der Betrieb ganz eingestellt war. Auch von hier aus konnten einzelne Züge nicht abgelassen werden. So mußte auch der von der Jagd bei Alsfeld gestern Abend zurückkehrende Herzog Ernst von Altenburg, welcher gegen 11 Uhr mittels Kurierzuges nach Altenburg zurückkehren wollte, seine Reise aufgeben und im Hotel Hauße Wohnung nehmen. Heute sind die meisten Störungen als bereits beseitigt zu betrachten.

### Handel und Industrie.

\* Bremen, 11. Dec. Petroleum niedriger. (Schlußbericht.) Standard white loco 8,70, per Januar 8,65, per Januar-März 8,80, per April-Juni 8,90.

\* Antwerpen, 11. Dec. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 23 1/4, bez. u. Br., per Januar 22 1/2, Br., per Februar 22 1/2, Br., per Januar-März —. Rubig.

\* Glasgow, 11. Dec. Kohleisen. Mixed numbers warrants 59 Sh. 4 D.

\* Liverpool, 11. Dec. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 10000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner williger, Surats unverändert. Widdl. amerikanische Januar-Februar-Lieferung 6 1/2, Februar-März-Lieferung 7 1/2 D.

### Börsenberichte.

\* Berlin, 12. Dec. 12 Uhr 10 Min. Eröffnungscurs. Def. Creditact. 486, —, Def.-Franz. Staatsb. 405,50, Def. Südbahn (Rom.) 139,50, Berg.-Märk. 95, —, Köln-Mindener 144, —, Galiz. Karl-Ludwigb. 105, —, Rhein. 152,75, Rumän. 42,60, Disconto-Comm. 183,50, Königs- und Laurabütte 108,25, Def. Post v. 1860 125,50, do. Goldrente 70,10, do. Silberrente 60,75, do. Papierrente 59,25, Russ. Anl. v. 1877 88,90, do. Bankr. 211, —, Deutsche B. 140, —, Ung. Goldrente 82,75, Tendenz: ziemlich fest.

Aus Wien bekannte Kurse von 11 Uhr 10 Min. vorm. Def. Creditact. 278,90, Def.-Franz. Staatsb. 405,50, Def. Südbahn (Rom.) 144, —, Galiz. Karl-Ludwigb. 242,25, Def. Goldrente —, Deutsche Marknoten 57,75, Napoleonsd'or 9,31, Tendenz: fester.

\* Frankfurt a. M., 11. Dec. Schlußcurs: Londoner Wechsel 20,340, Wiener Wechsel 173, —, 3proc. Sächsische Rente 74 1/2, Def. Goldrente 70, Ungar. Goldrente 83, Russ. Orient-Anl. II. 58 1/2, Köln-Mindener 144 1/2, Galizier 209 1/2, Def. Ludwigsb. 88 1/2, Lombarden 70, Staatsb. 221 1/2, Darmst. Bankactien 146 1/2, Meiningen 85 1/2, Def. Creditact. 241.

\* Frankfurt a. M., 11. Dec., 5 Uhr 50 Min. Effecten-Societät: Creditactien 239 1/2, Franzosen 230 1/2.

\* Wien, 11. Dec. Schlußcurs. Papierrente 68,90, Silberrente 70,30, 1860er Post 130,80, Nordwestb. 147, —, Bankact. 858, —, Creditact. 279,20, Anglo-Austr. Bank 138,40, London 116,60, Silberagio 100, —, Ducaten 5,54, Napoleonsd'or —, Galiz. 242,50, Staatsbahn 267,80, Rom. 80,50, Goldrente 81, —, Deutsche Marknoten 57,75.

\* Paris, 11. Dec. 3 Uhr nachm. 3proc. amortisirt. Rente 83,95, 3proc. Rente 82,35, 1872er Anleihe 115,62 1/2, Ital. 5proc. Rente 81,32 1/2, Def. Goldr. 70 1/2, Ung. Goldr. 85, —, 1877er Russen 92 1/2, Franz. 582,50, Lomb. 175, —, do. Prior. 262, —, 1865er Türken 10, —, 1869er —.

\* London, 11. Dec. Consoles 97 1/2, Ital. 5proc. Rente 80 1/2, Lombard 7, 5proc. 1871er Russen 86 1/2, do. 1872er 86 1/2, do. 1873er 86 1/2, Silber —, 1865er Tür. Anleihe 10 1/2, 1869er do. —, 5proc. Amerik. 105 1/2, Def. Silberrente —, Papierrente —.

Leipziger Productenbörse vom 12. Dec. Witterung: Thauwetter. Spiritus 60,80 S.; niedriger.

\* Kripzig, 12. Dec. Die heutige Börse unterschied sich nur wenig von dem gestrigen Verkehr. Von auswärts lagen vollständig nichtsagende Meldungen vor — überall beobachtet die Speculation strengste Reserve, ohne daß aber die unversichtliche Stimmung hierdurch alterirt wird; die Haltung bleibt vielmehr im großen und ganzen fortgesetzt eine feste. Letzteres gilt auch von unserer Börse. Ihre Thätigkeit ließ sie auch heute wieder den bekannten Effecten, die sich in der Hauptsache aus Eisenbahn- und Bergwerksactien, denen sich noch einige wenige Bankpapiere zugesellen, zugute kommen. Auf diesem Gebiete entfaltete sich der Verkehr zu einiger Lebhaftigkeit und stand hiermit zum Theil eine abermalige Überbewertung der Course im Zusammenhang.

Sächsische Staatspapiere ziemlich beliebt, namentlich Sächsische Renten, Januar-Juli-Stücke höher und stark gesucht; Reichsanleihe in einigem Umsatz, ebenso Chemnitzer und Leipziger Stadtanleihe.

Ausländische Staatsfonds etwas beachteter, zu erwähnen sind vorzugsweise Renten.

Bahnen ziemlich rege; im Vordergrund standen Berlin-Stettiner, Magdeburg-Halberstädter, Mainzer, Bergische, Anhalter, Potsdamer, Breslau-Schweidnitzer und Buschtiebrader A und B; zu etwas mäßigerer Notiz gingen Thüringer um.

Von den Stammprioritäten waren auch heute Gajwiger und Halle-Sorauer sehr beliebt.

Bankactien recht fest; hervorzuheben sind Leipziger Credit, Berliner Disconto, Deutsche Bank, Dresdner Bank, Leipziger Bank, Sächsische Bank und Zwidauer Bank.

Industrieactien zum Theil etwas mehr in Frage; wir

erwähnen als beliebt Immobilien, Malzfabrik und Zbl.-ringer Oabactien; Baubank erheblich niedriger, Leinwiger Mühlen preisbehaltend.

Kohlenactien zum Theil etwas höher; das Geschäft war ziemlich belebt.

Prioritäten in angenehmem Verkehr.

### Neueste telegraphische Depeschen.

\* Stensburg, 11. Dec. Bei der vorgestern im 2. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreise stattgehabten Stichwahl sind, soweit bis jetzt bekannt, für den Oberpräsidenten v. Bötticher (Reichspartei) 3440, für Professor Dr. Hirschius in Berlin (N.-L.) 3690 Stimmen abgegeben worden. Aus 11 Ortschaften ist das Wahlergebnis noch nicht gemeldet.

\* Wien, 12. Dec. Das Fremdenblatt meldet, die officielle Einberufung der Delegationen auf den 16. Dec. sei unmittelbar bevorstehend; die erste formale Sitzung werde am Dienstag stattfinden, der übliche Empfang durch den Kaiser Mittwoch. — Der Legitimationsauschuß beschloß, die Annullirung der Wahl Offenheim's zu beantragen.

\* Budapest, 10. Dec. Bei den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die handelspolitische Verständigung mit Deutschland wies Ministerpräsident Tisza unter anderem auch hin auf die wichtigen politischen Motive, welche das Zustandekommen eines Vertrages mit Deutschland jetzt viel wahrscheinlicher machen als früher, wo die speciell den ungarischen Interessen unglückliche wirtschaftliche Tendenz in Deutschland, das ewige Hinderniß bei dem mit diesem gepflogenen Unterhandlungen, bestand. Tisza erklärte weiter, daß er Deutschland nur als Freund betrachten könne und mit diesem sich vertragen wolle.

\* Budapest, 11. Dec. Das Unterhaus hat heute die Gesetzentwürfe über die Militärtaxe und über die Verlängerung des französischen Handelsvertrages unverändert angenommen. Von der Regierung wurde eine Vorlage über theilweise Bedeckung des nächstjährigen Deficits durch Beschaffung von 14 Mill. Fl. im Wege einer Creditoperation eingebracht und zwar sollen dieselben entweder durch 14 Mill. Goldrenten von dem noch disponibeln 15 Mill. nominell, oder durch Veräußerung eines Theiles derselben und durch Veräußerung von im Besitze des Staates befindlichen Eisenbahn-Investitionsobligationen, beschafft werden. — Nach hier eingegangenen Nachrichten hat der Krösusfuß den Marktfloden Brod und theilweise die Stadt Karlsburg überschwemmt, wobei auch Menschenleben verloren gegangen sind.

\* Madrid, 11. Dec. Der Minister für die Colonien zeigte gestern dem Oberbefehlshaber der Truppen auf Cuba telegraphisch an, er werde ihm die Hilfsmittel senden, die zur Niederwerfung des Aufstandes unumgänglich notwendig seien, werde ferner wirtschaftliche Reformen für Cuba beschließen und alle Interessen miteinander auszuwägen suchen. Nach einem aus Cuba eingegangenen officiellen Telegramm vom 1. Dec. ist in dem District Cincovillas und in noch einigen andern Bezirken die Ruhe wiederhergestellt. — Der Papst beauftragte den hiesigen Nuntius, der Königin die ihr vom Papst verliehene goldene Rose zuzustellen.

\* Paris, 11. Dec. Der Justizminister Leroyer hat aus Gesundheitsrücksichten um seine Entlassung gebeten, wird aber bis zur Ernennung seines Nachfolgers die Geschäfte fortführen.

\* Paris, 12. Dec. Leroyer behält provisorisch die Leitung des Justizministeriums; das Cabinet verbleibt in seiner bisherigen Zusammenfassung. Wie die Agence Havas wissen will, ist man noch nicht bemüht, einen Nachfolger Leroyer's zuzufinden. — Die Zeitungsmittheilung, der britische Botschafter Lyons habe von Waddington Aufklärungen über das Verhalten Fournier's verlangt, wird von der Agence Havas als unbegründet bezeichnet. Von einer Abreise Fournier's von Konstantinopel sei nicht die Rede.

\* Paris, 11. Dec. abends. Senat: Marschall Cantobre gab Erklärungen über seine Wahl ab und über die Gerüchte, zu denen dieselbe Veranlassung gegeben habe. Insbesondere hob derselbe hervor, er habe die Candidatur und nachdem er gewählt worden, auch die Annahme des Mandats nicht ablehnen zu dürfen geglaubt, einmal, weil seine Wahl eine der Armees erwiesene Ehre gewesen sei, sodann aber auch, weil er, nachdem er vordem der conservativen Majorität des Senats angehört, es nicht für brav gehalten habe, sich jetzt zu weigern, der Minorität anzugehören. Als Präsident der Commission für die Klärung der Offiziere sei er stets unparteiisch zu Werke gegangen, die Politik habe er dabei stets beiseitegelassen. Demnach ergriff der Marschall die Gelegenheit, die Verschuldigungen zurückzuweisen, deren Gegenstand er seit langer Zeit wegen des 2. December gewesen sei, und versichert, er habe von dem Staatsreich nicht das Geringste gewußt und habe einfach als Brigadegeneral die ihm von den Divisionsgeneralen erteilten Befehle ausführen lassen, er müsse jede Verantwortlichkeit ablehnen, er habe einfach seine Pflicht als Soldat gethan, er habe immer die Fahne Frankreichs hochgehalten und werde dies auch ferner thun bis zu seinem letzten Athemzuge. (Beifall von der Rechten.) Der Senat bewilligte hierauf einstimmig die von der Regierung zur Unterstützung der Nothleidenden geforderten 5 Mill. Frs.

Table with multiple columns listing various locations and their corresponding exchange rates or prices. Locations include Amsterdam, London, Paris, etc. The table is partially cut off on the right side.



Leipziger Börse. 12. Dec.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, Brüssel, London, Paris, and Petersburg.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, including titles like 'Preuss. Anl. 1877 v. 5000-3000' and 'K. Pr. Anl. v. 1850 v. 1000 u. 500'.

Table of various stocks and securities, including 'Berlin-Görlitzer 100', 'Berl.-Potsdam-Magdeb. 100', and 'Halle-Gruben-Guben 100'.

Table of Eisenbahn-St.-Pr.-Actien (Railway Preference Shares) for companies like 'Altenburg-Zeitz' and 'Chemnitz-Großenhain'.

Table of Bank- u. Credit-Actien (Bank and Credit Shares) for institutions like 'Allg. D. Cr.-A. Leipzig' and 'Berl.-Disc.-Ges. Anth.'.

Table of Industriell-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior (Industrial Shares, Priorities, and Preference Shares) for companies like 'Chemn. A.-Spinnerei' and 'Orelli, Papper, u. Halle'.

Table of Anleihen-Fonds (Bonds) including 'Oesterr. Goldrente v. 10000, 1000, 3000' and 'do. Silberrente v. 10000-1000'.

Table of Eisenbahn-Stamm-Act. (Railway Common Shares) for companies like 'Altenburg-Zeitz' and 'Chemnitz-Großenhain'.

Table of Eisenbahn-Prior.-Obl. (Railway Preference Obligations) for companies like 'Altenburg-Zeitz' and 'Altona-Kieler'.

Table of Ausl. Eisenbahn-Prior.-Obl. (Foreign Railway Preference Obligations) for companies like 'Ansig-Teplitzer' and 'Bohm. Nordbahn'.

Table of Kohlen-Act. u. Prior. (Coal Shares and Preference Shares) for companies like 'Friedensgrube Meuselwitz' and 'Mariengrube bei Meuselwitz'.

Table of Bank-Discounts (Bank Discontos) for various banks and locations like 'Amsterdam 3%', 'Brüssel 2 1/2%', 'London 3%', 'Paris 3%', 'Petersburg 6%', 'Reichsbank 4%', 'Wien 4%'.

Table of Sorten (Types) for gold and silver coins, including 'Vollwicht. Preuss. Friedrichsdr.' and 'K. Russ. wicht. 1/2 Imperial'.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Sonnabend, 13. Dec. Gastdarstellung von Friedrich Haase, Hofchauspiel-Director und Ehrenmitglied des Königl. Hoftheaters in Dresden. Der Kaufmann von Venedig. Schauspiel, Herr Friedrich Haase. 335. Abonnements-Vorstellung. Sonntag, 14. Dec. Lohengrin. Romantische Oper in 3 Acten von Richard Wagner. Altes Theater. Boccaccio. Komische Operette in 3 Acten von F. Zell und R. Genée. Musik von Franz v. Suppé.



